



18. Wahlperiode

Drucksache 18/7282

HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Steuerhinterziehung bei Amateuren wie Profis gleichermaßen bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der aktuelle Fall eines bekannten Bundesligafunktionärs exemplarisch zeigt, warum der Bundesrat das mit der Schweiz ausgehandelte Steuerabkommen mit vollem Recht abgelehnt hat. Durch die Unterzeichnung hätte Deutschland auf Transparenz verzichtet, die gewährleisten soll, dass Steuerhinterzieher keinesfalls gegenüber ehrlichen Steuerzahlern bevorzugt werden. Das Abkommen hätte ganz im Gegenteil Steuerhinterzieher in unbescholtene Bürger verwandelt – und das ohne ihre Identität und ihre Verfehlungen vorher zu offenbaren. Damit wären sie zudem auf eleganteste Weise einer angemessenen Besteuerung und Bestrafung entronnen. Nach dem Scheitern des Abkommens ist deshalb der Druck auf die Besitzer von ausländischen Schwarzgeld-Konten erheblich gewachsen, sich zu offenbaren und zur Selbstanzeige zu schreiten – wie dies auch im aktuellen Fall des bekannten Bundesligafunktionärs geschehen ist. Der Landtag weist daraufhin, dass der durch den Ankauf der Steuer-CDs ausgelöste Selbstanzeigen-Boom bisher zu staatlichen Mehreinnahmen von mehr als 2,5 Milliarden Euro geführt hat. Das Steuerabkommen mit der Schweiz hätte dagegen nur eine Garantiesumme von zwei Milliarden Schweizer Franken erbracht (rund 1,65 Milliarden Euro).
2. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, im Bund und auf europäischer Ebene daran mitzuwirken, dass die sogenannten Steueroasen konsequent trockengelegt werden. Nötig ist ein europäischer Steuerpakt, der unter anderem auch eine Regelung zur einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung und Mindeststeuersätze enthält, die den ruinösen Steuersenkungswettlauf unterbinden. Weiter muss ein europäisches Abkommen mit Drittstaaten wie der Schweiz den automatischen Informationsaustausch beinhalten. Banken, die wiederholt gegen Steuergesetze verstoßen haben, muss der Lizenzentzug drohen.

Wiesbaden, den 23. April 2013

Der Fraktionsvorsitzende

Tarek Al-Wazir